

Offensive Humanität und Chancengerechtigkeit für alle!

Nora Lassahn, IQ Netzwerk
Schleswig-Holstein

*„Scham und Hilflosigkeit“
– Ayça Polat, die an der
Fachhochschule Kiel zu
den Themen Migration,
Interkulturalität, Diversity
und Gender forscht,
erlebt bei ihren Umfragen
unter Ehrenamtlichen
in der Flüchtlingsarbeit
immer wieder die gleiche
Reaktion: Viele Flücht-
lingsunterstützer*innen
leiden unter
der restriktiven
Flüchtlingspolitik.*

Wie Flüchtlingspolitik in Zukunft humaner und gerechter gestaltet werden kann, das beschäftigte auch die Gäste, die am 2. Juli 2016 im Gästehaus der Landesregierung das 25-jährige Bestehen des Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein feierten. Unter ihnen: Haupt- und Ehrenamtliche, Vereinsmitglieder, Sympathisant*innen, Politiker*innen sowie Wegbegleiter*innen des letzten Vierteljahrhunderts flüchtlingssolidarischer Arbeit.

Flüchtlings-Abwehr-Politik

In ihrem Vortrag gab Polat ihnen Strategien künftiger Solidaritäts- und Antirassismusbearbeitung mit und präsentierte unter dem Titel „Offensive Humanität und Chancengerechtigkeit für alle!“ folgende Thesen:

1. EU-Flüchtlingspolitik ist im Wesentlichen Flüchtlings-Abwehr-Politik.
2. Es gibt einen Zusammenhang zwischen einer Flüchtlings-Abwehrpolitik und dem verstärkten Aufkommen eines „Neo-Rassismus“ in einzelnen EU-Ländern.
3. Selektion und Hierarchisierung von Flüchtlingsgruppen ist eine Form von institutioneller Diskriminierung.
4. Wir brauchen eine Anerkennungskultur auf verschiedenen Ebenen.

Zur Verdeutlichung skizzierte Polat ein Bild aktueller Flüchtlingspolitik: Europa nimmt im internationalen Vergleich nicht nur wenige Schutzsuchende auf, sondern schließt auch Abgrenzungs-Kooperationen mit Regimes, wie dem in Libyen oder der Türkei. Wider besseren Wissens: Denn unsere Regierung sagt selbst, dass die Bedingungen inhaftierter Flüchtlinge in Libyen nach eigenen Erkenntnissen „sehr schlecht“ seien.

Bericht über den Jubiläumsvortrag von Prof. Dr. Ayça Polat

Wo bleibt das im Grundgesetz verankerte Recht auf Asyl und Schutz für alle? Schnellverfahren für Schutzsuchende, die Dublin-Regelung und die Abwesenheit von legalen Zugangswegen zum Asylverfahren höhlen dieses Grundrecht immer mehr aus.

Flüchtlinge als Bedrohung

Mit dramatischen Folgen: Allein bis Juli 2016 sind bereits 3.000 Menschen auf ihrer Flucht über das Mittelmeer ertrunken.

Warum wird dieses Massensterben in Kauf genommen? Polat skizzierte, wie Drohszenarien von „Migrations- und Flüchtlingsströmen“ als politisches Kalkül eingesetzt werden. Als anscheinende Angriffe auf westlichen Wohlstand werden „Flüchtlingsströme“ zu Gegenspielern stilisiert; zu einer bedrohlichen, entsubjektivierten Masse. Die Spuren dieser „Stigmatisierung des Anderen“ haben seit den 80er Jahren Spuren bzw. Brandspuren hinterlassen und dazu beigetragen, dass Flüchtlinge nicht nur von der Politik als entmenslichte Objekte verhandelt werden. Anhand der Ausführungen von Migrationswissenschaftler Klaus Bade verdeutlichte Polat, wie jahrzehntealte rechte und konservative Diskurse, in denen Asylsuchende als Bedrohung gezeichnet werden, bis heute bewusstseinsprägend geblieben sind und (neo-)rassistische Ideologien beflügeln. Nicht zuletzt aktuelle Positionen und Aussagen der AfD sind dieser These ein trauriges Zeugnis.

Doch Diskriminierung spielt sich nicht nur am Stammtisch und im AfD-Parteiprogramm ab: In der gegenwärtigen Unterteilung in Flüchtlinge aus „sicheren“ und „unsicheren“ Herkunftsländern

Flüchtlingspolitik muss auch einen grundsätzlichen Wandel durchlaufen – von einer Abwehrpolitik hin zu einer Politik der menschenwürdigen Aufnahme von Schutzsuchenden.

offenbart sich institutioneller Rassismus. Aufgrund von Staatsbürgerschaft werden Schutzsuchende teilweise ohne Prüfung ihrer tatsächlichen, individuellen Fluchtgründe als „berechtigt“ oder „nicht berechtigt“ abgestempelt: Das Herkunftsland entscheidet nicht nur über ein Bleiberecht in Deutschland, sondern auch über den Zugang zu Integrationskursen und Arbeits- sowie Ausbildungsförderung während des Asylverfahrens. Dies beflügelt soziale Ungerechtigkeit. Die im Asylbewerberleistungsgesetz ermöglichten Sanktionen sowie die Wohnsitzauflage sind nicht mit dem Recht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum sowie der Genfer Flüchtlingskonvention vereinbar.

Anerkennungskultur statt Ausgrenzung

Der Blick in die Zukunft führte Polat zu ihrer letzten These: „Wir brauchen eine Anerkennungskultur auf verschiedenen Ebenen“. Diese Anerkennung ist nicht nur für die Schutzsuchenden selbst essentiell, so Polat mit einem Zitat von Rosenstreich: „Durch Teilhabe werden Menschen an die Gesellschaft gebunden, in der sie leben. Es wird ihre Gesellschaft, mit der sie sich auseinandersetzen, der gegenüber sie eine Verantwortung empfinden.“ Umgekehrt führt mangelnde Anerkennung dazu, dass sich Flüchtlinge nicht als Teil der Gesellschaft fühlen können. Der von der Nationalität abhängig gemachte Status habe Einfluss auf Einkommen, Familie, Gesundheit und Familie eines Asylsuchenden. Wie sich diese Form von Rassismus auf die Einzelnen auswirkt, verdeutlichte Polat durch Interviews mit Betroffenen.

Als Ausweg skizzierte Polat in Bezug auf den Rat für Migration, Antidiskriminierungspolitik und Engagement gegen Rassismus konsequenter als Arbeitsbereiche der Integrationspolitik zu verstehen und zu fördern. Als erster Schritt muss dazu auch das Ausmaß rassistischer Straftaten, sozialer und institutioneller Diskriminierung erfasst werden – denn dazu ist bisher noch zu wenig bekannt. Als eine Strategie, Diskriminierung und Rassismus entschlossen entgegenzutreten benannte Polat Interkulturelle Öffnungsprozesse.

Doch eine Reflexion der eigenen Haltung ist nicht ausreichend, wenn immer mehr Menschen im Mittelmeer und in den Kriegsherden dieser Welt ihren Tod finden. Flüchtlingspolitik muss auch einen grundsätzlichen Wandel durchlaufen – von einer Abwehrpolitik hin zu einer Politik der menschenwürdigen Aufnahme von Schutzsuchenden. Dazu warb Polat für die zehn Forderungen des Rats für Migration für eine zukunftsfähige Flüchtlingspolitik:

1. Schutzgewährung nach der Genfer Flüchtlingskonvention für Kriegsflüchtlinge aus Syrien und Irak ohne Einzelfallprüfung.
2. Eröffnung von legalen Einwanderungswegen nach Europa.
3. Aussetzung des Dublin-Systems.
4. Im Ausland erworbene Berufsabschlüsse werden schneller anerkannt und alle bestehenden Hindernisse beim Zugang zum Arbeitsmarkt (z. B. Vorrangprüfung) abgeschafft.
5. Flüchtlinge aus unterschiedlichen Herkunftsgebieten werden nicht unterschiedlich behandelt: Schnelle aber zugleich auch faire Verfahren sind notwendig.

6. Asylsuchende erhalten die Möglichkeit ihren Status zu wechseln, um ein Arbeitsvisum zu beantragen.

7. Asylsuchende werden so schnell wie möglich in Wohnungen untergebracht.

8. Geflüchtete Kinder und Jugendliche werden zügig und unbürokratisch in das reguläre Schulsystem integriert. Grundsätzlich gilt für alle neuen Regelungen: Das Kindeswohl muss Vorrang haben.

9. Initiativen aus der Zivilgesellschaft werden gefördert.

10. Asylsuchende, die schon lange auf eine Entscheidung ihres Antrags warten, müssen prioritär behandelt werden (Altfall-Regelung).

Nur so können nicht nur menschenrechtliche Grundsätze gewahrt, sondern auch die Integration der Schutzsuchenden ermöglicht werden. Wie Integration schneller und erfolgreicher gestaltet werden kann sind Themen, die uns auch in Zukunft begleiten werden und verstärkt diskutiert werden müssen. Nicht aber die Frage nach einer quantitativen Kapazitätsgrenze sollte uns beschäftigen. Wieso es solch eine Grenze auch gar nicht braucht, argumentierte Polat mit einem Zitat von Klaus Bade: „Die Grenze liegt immer da, wo die Akzeptanzgrenze liegt. Eine objektive Grenze gibt es nicht. Wenn man in die deutsche Geschichte zurückblickt, könnte man sehr gelassen sein: Integration hat in Deutschland, manchmal eher schlecht als recht, aber letztlich immer funktioniert.“

Doch nicht nur die Politik ist gefordert, auf eine humanitäre und chancengerechte Zukunft hinarbeiten. An die Gäste der Jubiläumsveranstaltung des Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein appellierte Polat in „realistischen Utopien“ zu denken und sich als Zeichen der Solidarität zu verbünden. Dabei sei es wichtig, sich immer wieder mit Ausgrenzungsprozessen auseinander zu setzen, diese zu hinterfragen und sichtbar zu machen. Auch eigene Privilegien müssten selbstkritisch wahrgenommen und Solidarität als ethisch-politische Haltung vorangetragen werden.